

# Zu diesem Heft

Autor(en): **Spieler, Willy**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **88 (1994)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

---

## Zu diesem Heft

Lange geplant und endlich verwirklicht, liegt hier eine Schwerpunktnummer zum «Drogenproblem» vor. Wie dieses vor Ort sich darstellt, mit welchen Konsequenzen für die Drogenabhängigen, aber auch für die Bevölkerung in der Nähe der «Szene», zeigt die zärtliche Poesie von **Afra Weidmann**, Autorin, Krankenschwester und Mutter, zeigen auch die Berichte von **Madeleine Lutz**, Sozialpädagogin beim Aidspfarramt und Anwohnerin, und von **Regula Heyer-Rother**, Mitarbeiterin der kirchlichen Arbeitsstelle für Jugendfragen. Dass Liberalisierung eine Voraussetzung ist, um mit Suchtkranken menschlich umzugehen, begründet der theologisch fundierte Beitrag von Urs Boller, Pfarrer und Mitglied der Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme. Die Drogenprohibition wirkt sich weit schlimmer aus als das Übel, das sie bekämpft. Das Gespräch des Redaktors mit dem Soziologen und Drogenexperten **Günter Amendt** deckt die «totalitäre Phantasie» auf, die hinter der Forderung nach «einer drogenfreien Gesellschaft» sich verbirgt, den Nutzen auch, den Mafia und repressive Kräfte – in verdächtiger Übereinstimmung der Interessen – aus der Drogenprohibition ziehen. Wir wollen die Drogenabhängigkeit nicht verharmlosen: Sie ist fraglos ein Übel, wenn auch nicht eines, das sich grundsätzlich vom «Konsumismus» unserer Gesellschaft unterscheidet. Dass es in der drogenpolitischen Alternative von Repression oder Legalisierung letztlich um die Wahl des kleineren Übels geht, versuchen die «**Zeichen der Zeit**» darzulegen. Einen andern Aspekt beleuchtet **Manfred Züfle**, der nach dem gesellschaftlichen Kontext der Cocapflanze in Bolivien fragt und die Umwandlung eines harmlosen Blattes in eine harte Droge dem Einbruch der europäischen Suchtproblematik zuschreibt.

In der Reihe unserer regelmässigen Berichte über die Entwicklung in den ehemals «sozialistischen Staaten» steht **Hans Steigers** «Gelesen», das diesmal durch ein «Gehört» ergänzt wird und den Kahlschlag im Medienwesen der ehemaligen DDR am Beispiel der Fusionierung zwischen einem ostdeutschen Kulturradio und dem Sender RIAS darstellt.

\*

Diesem Heft liegt eine Karte bei, mit der die Vereinigung «Freundinnen und Freunde der Neuen Wege» zum **Referendum gegen das Bundesgesetz über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht** aufruft. Auch diese Zwangsmassnahmen sind Teil einer verfehlten, weil repressiven Drogenpolitik. Statt das Drogenproblem zu entschärfen, gefährden sie den Rechtsstaat, dessen Grundwerte für alle Menschen gelten müssten (vgl. «Zeichen der Zeit» im Dezemberheft 1993). Was hier vorliegt, ist ein Ermächtigungsgesetz für die Fremdenpolizei, Grundlage einer Apartheidjustiz, an der auch die rechtsstaatliche Fassade einer hafrichterlichen Überprüfung nichts wird ändern können. Künftig soll es möglich sein, Personen «ohne Bleiberecht» für rein administrative Zwecke wie Identitätsfeststellung und ungehinderte Ausschaffung bis zu 12 Monaten zu inhaftieren. Fremdenfeindlichkeit ist die Ursache und wird die Wirkung dieses Gesetzes sein, das vor allem Asylsuchende als minderwertige Menschen abstempelt, für die es ein Grundrecht auf persönliche Freiheit nicht gibt. Dass SPS, GP und Hilfswerke sich dem Referendum nicht anschliessen wollen, zeigt, wie notwendig es geworden ist. Das Referendum wertet die politische Moral höher als die politische Strategie, es setzt ein Zeichen der Hoffnung wider die Resignation und wahrt uns auch ein Stück Glaubwürdigkeit gegenüber kommenden Generationen.

Willy Spieler

---